

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



mittwoch, 9. dezember 1970

blatt 3787

''christkindl'' fuer bewohner des pensionistenheimes liebhartstal:
viennesen spendeten tv-geraet

1 wien, 9.12. (rk) ''christkindl spielen'' werden kommenden
montag, den 14. dezember, um 11 uhr, die viennesen der stadt wien
im pensionistenheim liebhartstal im 16. bezirk, thaliastrasse 157.
die jungen maedchen und burschen werden dabei wohlfahrtsstadtraetin
maria j a c o b i einen von ihnen gespendeten fernsehapparat
fuer die bewohner des pensionistenheimes uebergeben. das geraet,
die mittel dafuer haben die viennesen selbst aufgebracht, wird in
der krankenabteilung des pensionistenheimes aufgestellt werden.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, zu dieser uebergabe
fotoreporter und berichterstatter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 14. dezember, 11 uhr.

ort: pensionistenheim liebhartstal, 16, thaliastrasse 157.

0848

Gemeinderat der Stadt Wien

=====

Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1971,
zur Gebührenüberprüfung

und zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1971

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	zum Wort gemeldet			
		DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Mi.9.12.	II. und General- debatte	Dr.Tuma	Dr.Schmidt	Dkfm. Dr.M. Schaumayer	Schreiner
Bock Do.10.12.	I.	Joachim Müller	Dr.Hirn- schall	Köchel Prof. Zörner	Czettel Hirsch
VBgm. Gertrude Sandner Do.10.12.	III.	Dr.Tuma	Prof.Dr. Wolfram	Prof. Bittner Traindl	Ascherl Herbert Mayr
Maria Jacobi Fr.11.12.	IV.	Joachim Müller	Prof.Dr. Wolfram	Gertrude Härtel Lehner	Dr.Rudolf Müller Maria Szöllösi
Dr.Glück Fr.11.12.	V.	Wölger	Krenn	Dr.Goller Lehner	Friederike Seidl Dr.Zemann
Ing.Hofmann Mo.14.12.	VI.	Joachim Müller	Dr.Hirn- schall	Dr. Drimmel Dr.Macher Neusser	Dinhof, Ing. Hofstetter
Pfoch Mo.14.12.	VII.	Wölger	Prof.Dr. Wolfram	Dkfm.Dr. Ebert Dipl.-Ing. Dr.Strobl	Deistler Outolny
Heller Di.15.12.	VIII.	Joachim Müller	Dr.Schmidt	Hoffmann Dipl.-Ing. DDr.Strunz	Bednar Elisabeth Schindler

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Dkfm.Dr. Maria Schaumayer Di.15.12.	IX.	Wölger Dr.Tuma	Krenn	Dr.Glatzl Neusser	Franziska Fohler Michalica
Dkfm. Hintschig Mi.16.12.	X.	Joachim Müller	Dr.Hirn- schall	Dipl.- Ing. Blaschka Dr.Glatzl Dr.Habl	Edlinger
Suttner Mi.16.12.	XI.	Wölger	Dr. Schmidt	Hahn Kowarsch Leinkauf	Maria Szöllösi
Dkfm.DDr. Prutscher Do.17.12.	XII.	Dr.Tuma	Krenn	Jedletz- berger Pelzel- mayer Dkfm.Dr. Wöber	Seeböck
Dr.Krasser Do.17.12.	XIII.	Dr.Tuma	Dr. Schmidt	Dr.Macher Matza	Bustar
Nekula Fr.18.12.	XIV.	Joachim Müller	Dr. Hirn- schall	Haag Hahn	Pöder Stockinger

adolf loos zum gedenken

5 wien, 9.12. (rk) auf den 10. dezember faellt der 100. geburts-
tag des architekten adolf l o o s .

er wurde in bruenn geboren, besuchte dort das gymnasium, die ge-
werbeschule in reichenberg und die technische hochschule in dresden.
mit 23 jahren verliess er europa und lebte bis 1896 in amerika. an-
schliessend ging er nach wien, wo er in der ''neuen freien presse''
und in anderen organen zahlreiche programmatische aufsaetze ver-
oeffentlichte, die spaeter in dem band ''ins leere gesprochen''
gesammelt wurden. infolge seiner kompromisslosigkeit bekam er erst
verhaeltnismaessig spaet auftraege fuer groessere bauten. 1910 ent-
stand als sein hauptwerk in wien das geschaeftshaus goldman und
salatsch auf dem michaelerplatz, im gleichen jahr auch das beruehmte
haus steiner in hietzing, 1912 die villa scheu, das erste terrassen-
haus in mitteleuropa. auch ausserhalb wiens schuf adolf loos be-
deutende bauwerke, wie die villa rufner, in der zum ersten mal der
gedanke des raumplanes vollendet entwickelt wurde, d.h. die unter-
bringung verschieden hoher raeume auf verschiedenen ebenen. spaetere
meisterwerke sind das haus mollner in wien und das haus mueller in
prag. neben diesen ausgefuehrten bauten stammen von adolf loos zahl-
reiche bedeutende projekte, wie fuer das kriegsministerium, fuer die
verbauung des gartenbauplatzes, fuer eine gruppe von zwanzig villen
sowie das riesenprojekt des hotels babylon an der riviera. bis
zu seinem tode verblief auch seine intensive schriftstellerische
taetigkeit, in der sich loos vor allem mit der siedlungsfrage be-
schaeftigte. 1919 veroeffentlichte er mit freunden ''richtlinien fuer
ein kunstamt''. seine spaeteren aufsaetze sind in dem band ''trotz-
dem'' gesammelt. adolf loos ist am 23. august 1933 in einer heilan-
stalt in rodaun gestorben. mit ihm ist einer der bedeutendsten
architekten des 20. jahrhunderts dahingegangen. durch sein ganzes
leben zog sich sein kampf gegen das ornament und gegen die kunst-
handwerker. die wirkung seines werkes auf die architektur der ganzen
welt kann nicht hoch genug eingeschaezt werden.

kaertner-kino wurde umgebaut

4 wien, 9.12. (rk) das kaertner-tageskino in der johannesgasse im 1. bezirk wurde von der wiener stadthalle gaenzlich umgebaut. morgen donnerstag (19.30 uhr) findet die offizielle eroeffnung (fuer geladene gaeste und pressevertreter) des neugestalteten kinos statt. die erste vorstellung des westerns 'ein stossgebet fuer drei kanonen' ist fuer kommenden freitag, den 11. dezember, 9 uhr vormittags, angesetzt.

bei der neugestaltung hielt man sich in erster linie an die guten erfahrungen, die man bei dem im vergangenen jahr auf der mariahilfer strasse neu eroeffneten kino club-west gemacht hat: dieses kino wurde nach der umgestaltung eines der bestbesuchten wiener filmtheater, es hat eine etwa dreimal so hohe besuchersfrequenz wie das alte weltkamera-wochenschaukino. die auffallendsten aenderungen im kaertner-kino: eine tag- und nacht geoeffnete snack-bar, bequeme kinosessel mit grosser fussfreiheit und, nicht zuletzt, fesche kinohostessen...

0928

die wiener symphoniker jubilieren

6 wien, 9.12. (rk) vor siebzig jahren wurde das orchester der wiener symphoniker ins leben gerufen. in den sieben jahrzehnten seines bestehens hat sich dieser klangkoerper zu einem der renommiertesten orchester der welt entwickelt und in vielen tourneen seinen welttruf gefestigt.

anlaesslich des 70. geburtstages der symphoniker findet kommende woche im festsaal des wiener rathauses ein festakt statt.

geehrte redaktion!

wir laden sie herzlich zu dem festakt anlaesslich des 70jaehrigen bestehens des orchesters 'wiener symphoniker' ein.

zeit: dienstag, 15. dezember, 19.30 uhr.

ort: rathaus, festsaal (zugang feststiege 1).

1006

karl renner zum gedenken

3 wien, 9.12. (rk) auf den 14. dezember faellt der 100. geburts-
tag des ehemaligen bundespraesidenten der republik oesterreich,
dr. karl r e n n e r .

er wurde in unter-tannowitz, suedmaehren, geboren und war
der sohn einer kinderreichen bauerlichen familie, die infolge der
allgemeinen wirtschaftlichen entwicklung in beengte lebensverhaelt-
nisse geriet. indem er als koststudent den groessten teil seines
unterhalts selbst bestritt, absolvierte er das gymnasium in nikols-
burg, das er als einer der besten schueler verliess. 1889 begann
er den militaerdienst, in dem er die vielfalt und problematik der
voelkerstaemme in der alten donaumonarchie kennenlernte. in der
folge studierte er an der wiener universitaet rechtswissenschaften
und beschaffte sich den noetigen lebensunterhalt durch privat-
unterricht. waehrend dieser zeit kam karl renner mit den verschie-
densten kreisen zusammen, darunter auch mit den heimarbeitern der
schuhindustrie auf dem neubau, unter denen er seine erste soziale
wirksamkeit entfaltetete. die grosse mai-feier des jahres 1893
brachte ihn zum ersten mal in beruehrung mit fuehrenden maennern
der sozialdemokratischen partei, von denen vor allem engelbert
pernerstorfer sein mentor wurde. gemeinsam mit seiner jungen frau
warb renner eifrig fuer die sache des sozialismus und wurde auch
einer der mitbegruender des vereins ''die naturfreunde'', dessen
statuten er entwarf. ende 1895 nahm er die stelle einer wissen-
schaftlichen hilfskraft in der bibliothek des parlaments an.
unter den decknamen ''synopticus'' und ''rudolf springer'' er-
schienen seine schriften ''staat und nation'' sowie ''der kampf
der nation um den staat'', die die allgemeine aufmerksamkeit
auf ihn lenkten. es folgten die arbeiten ''grundlagen und ent-
wicklungsziele der oesterreichisch-ungarischen monarchie, die
krise des dualismus'' und das dreibaendige werk ''oesterreichs
erneuerung'', die unter seinem wahren namen erschienen. daran
schlossen sich zahlreiche sozialpolitische arbeiten. mit der ein-
fuehrung des allgemeinen, direkten wahlrechts im jahre 1907 zog
dr. renner als abgeordneter in den reichsrat ein, dem er bis 1918
angehoerte. in diesem jahr erfolgte auch seine wahl zum staats-

kanzler. 1919 ging er als fuehrer der oesterreichischen delegation zu friedensverhandlungen nach st. germain. schon 1911 war karl renner zum obmann des zentralverbandes oesterreichischer konsumvereine bestellt worden, und waehrend des krieges wurde er in das direktorium des ernaehrungsamtes berufen. um die folgen der inflation fuer die vereine zu ueberwinden, gruendete er 1923 die arbeiterbank. nach seiner kanzlerschaft fungierte dr. renner bis 1923 als praesident des nationalrats, eine wuerde, die er von 1929 bis zu seinem ruecktritt im jahre 1933 neuerlich bekleidete. viele jahre hindurch war er vorstandsmitglied der sozialdemokratischen parteileitung. war es schon nach dem zusammenbruch des jahres 1918 sein verdienst gewesen, den neuen staat auf ein tragfaehiges fundament gestellt zu haben, so erwarb er sich unter noch viel schwierigeren umstaenden in den entscheidenden apriltagen 1945 das gleiche verdienst, als er **mit dem kommando der heranrueckenden russischen armee verhandlungen** ueber die bildung einer oesterreichischen regierung aufnahm. so konnte wenige tage nach der raecumung wiens durch die truppen adolf hitlers eine von der besatzung anerkannte oesterreichische regierung gebildet und damit der erste schritt zur neugruendung des staates getan werden. nach den wahlen im november 1945 wurde dr. karl renner zum praesidenten der republik gewaehlt. die hohe wertschaetzung, die er sich durch sein wirken erworben hatte, kam dadurch zum ausdruck, dass ihm die wiener universitaet als dem begruender des neuen oesterreichs das ehrendoktorat verlieh. zahlreiche andere ehrungen und auszeichnungen folgten. anlaesslich des 30jaehrigen bestandes der republik oesterreich wurde ihm das ehrenbuergenrecht der stadt wien verliehen. zu seinem 80. geburtstag hat der wiener gemeinderat die nach ihm benannte dr. karl renner-stiftung ins leben gerufen. am 31. dezember 1950 ist dr. karl renner in wien gestorben. er wurde in der praesidentengruft des wiener zentralfriedhofs bestattet. das oesterreichische volk wird sich an den grossen staatsmann der ersten und zweiten republik stets dankbar erinnern.

beethoven-jahr: letzter hoehepunkt

7 wien, 9.12. (rk) das beethoven-jahr geht zu ende: im theater an der wien dirigierte leonard b e r n s t e i n den ''fidelio'', in der volkshalle des rathauses lockte die beethoven-ausstellung ''die flamme lodert'' fast 50.000 besucher an. nun kommt noch - am 16. dezember - der 200. geburtstag des komponisten. die wiener stadtverwaltung hat fuer diesen tag eine letzte reverenz im jubilaeumsjahr parat: die gedenkstaette in der probusgasse wird eroeffnet.

das haus, in dem beethoven das '' heiligenstaedter testament'' schrieb, wurde 1968 von der stadt wien erworben und restauriert. die drei raeume, die der komponist bewohnte - mit blick auf die kriche (''ich kann die uhr sehen, aber ich kann sie nicht laeuten hoeren...'') -, werden als beethoven-gedenkstaette ausgestaltet.

geehrte redaktion!

wir laden sie herzlich zu den veranstaltungen anlaesslich des 200. geburtstages von ludwig van beethoven ein. das programm fuer mittwoch, den 16. dezember, lautet:

- 10 uhr: gedenkfeier vor dem ehrengab auf dem zentral-friedhof (gruppe 32 a, nr. 29).
- 11 uhr: stille kranzniederlegung vor dem denkmal (1., beethoven-platz)
- 12 uhr: eroeffnung der beethoven-gedenkstaette im heiligen-staedter testamentshaus (19., probusgasse 6).

Wiener Gemeinderat:Das Budget der großen Investitionen
=====

Wien, 9.12. (RK) Generaldebatte zum Budget 1971 und
Spezialdebatte zur Geschäftsgruppe II, Finanzwesen.

Referent Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ).

Einnahmen 17.237,440.100 Schilling, Ausgaben 17.533,633.300
Schilling.

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek begann
Mittwoch vormittag der Wiener Gemeinderat mit den Beratungen
des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1971.
Wie Vizebürgermeister Slavik zu Beginn seines Referates betonte,
ist es der 14. Voranschlag, den er als Finanzreferent erstellt
habe und gleichzeitig sein letztes Budgetreferat. Erfreulich
sei, daß das Interesse der Öffentlichkeit am Wiener Budget
deutlich stärker wird.

Trauerkundgebung für Konir

Zu Beginn der Sitzung gedachte der Wiener Gemeinderat
des am 4. Dezember verstorbenen GR. Anton Konir (SPÖ). Der
Bürgermeister würdigte die Verdienste des Dahingeschiedenen.

Es lag ein Antrag der SPÖ über die Erhöhung der Arbeits-
pfleglingsentschädigung und des Handgeldes für dauerbefürsorgte
Pfleglinge in den Altersheimen der Stadt Wien vor.

Der Gemeinderat wählte als Vertrauensmann des Gemeinde-
vermittlungsamtes im 1. Bezirk Bezirksvorsteher Ing. Heinrich
Heinz, als Ersatzmann Anton Haas sowie als Ersatzmann für das
Gemeindevermittlungsamt im 5. Bezirk Karl Franc (alle ÖVP).

Als Mitglieder des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt
der Bediensteten der Stadt Wien wurden gewählt: Stadtrat
Hans Bock, Anton Deistler, Herbert Mayr, Johann Nimmerrichter,
Franz Peska, Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal, Elisabeth
Schindler, Margarete Tischler, Leopold Wiesinger und Doktor
Kurt Zeman (alle SPÖ) sowie Fritz Hahn, Karl Haag,
Roman Köchel und Walter Lehner (alle ÖVP).

Für den Überwachungsausschuß wurden gewählt: Josef Deutsch und Karl Lausecker (beide SPÖ) sowie Josef Hoffmann (ÖVP). Als Vorsitzender des Schiedsgerichtes wurde Dr. Wilhelm Stemmer und als Beisitzer Josef Windisch (beide SPÖ) gewählt sowie Dr. Walter Macher (ÖVP).

Immer mehr Interesse am Budget

Es freue ihn, begann Slavik sein Referat, daß das Interesse der Öffentlichkeit am Budget der Stadt Wien größer geworden sei. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeige das deutlich. Für 1969 wurden 29 Erinnerungen notiert, für den Voranschlag 1970 nahmen 42 Wiener Anmerkungen vor, für den Voranschlag des kommenden Jahres gaben 67 Personen schriftliche Anmerkungen ab.

Für ihn als Finanzreferent sei es sehr interessant, welche Probleme ganz besonders im Vordergrund standen. Die größte Aufmerksamkeit wandten die Wiener einem Projekt zu, das gar nicht in die Kompetenzen Wiens fällt, nämlich der Planung der Burgenland-Schnellstraße. 20 Eintragungen befaßten sich mit diesem Projekt. 16 Erinnerungen betrafen die Umstellung auf Erdgas: acht waren dem sozialen Problem und die anderen acht verschiedenen technischen Problemen gewidmet. Weitere Vorschläge betrafen: Verkehrsverbesserung, (13 Erinnerungen), Verkehrsregelung (11), Krankenhäuser (9), Pensionistenfahrtscheine (6) und ausschließliche Bundesangelegenheiten sieben.

Das Interesse der Öffentlichkeit an Wiens Problemen mache auch die Veranstaltung mit den Maturaklassen - Kommunalpolitisches Jugendgespräch - deutlich. Die rund 1.800 Teilnehmer, die an diesem Gespräch, das mit einem Quiz gekoppelt war, teilgenommen hatten, hätten sich erstaunlich gut informiert und sehr interessiert gezeigt. Slavik sprach dem Stadtschulrat, den Professoren der Schüler, den Teilnehmern und den Organisatoren für diesen Versuch, Kommunalpolitik der Bevölkerung näher zu bringen, den Dank aus.

Budget 71: Zum erstenmal eventuell Fremdkapital

Auf den Budgetvoranschlag eingehend stellte Slavik zu Beginn fest, daß sich der Voranschlag für das Jahr 1971 grundsätzlich von den Budgets vergangener Jahre unterscheide. Erstens seien verschiedene Großbauvorhaben finanziell stärker spürbar als jemals zuvor, zweitens seien mit der Sanierung der Wiener

Stadtwerke neue Akzente gesetzt worden. Die Schwerpunkte von den Großbauvorhaben wie U-Bahn-Bau, absoluter Hochwasserschutz, Fleischzentrum St. Marx und Großgrünmarkt Inzersdorf abgesehen - lägen noch immer beim Wohnbau, beim Neubau von Schulen, Krankenhausbau, Verkehr und Sozialbau. Erst wenn man die Großbauvorhaben und die anderen Schwerpunkte zusammen sehe, könne man einen Überblick darüber gewinnen, wie hoch die finanziellen Ausgaben der Stadt sind.

Der Abgang sei mit 296 Millionen Schilling festgelegt worden. Er sei in Wirklichkeit jedoch wesentlich höher und zwar 696 Millionen. Durch zwei Maßnahmen wurde dieses Defizit reduziert. Zwei Jahresraten des Bundesbeitrages für den U-Bahn-Bau à 150 Millionen Schilling sollen aus der Allgemeinen Rücklage entnommen werden. Dieses Mittel sollen dann in späteren Jahren entsprechend der Leistung des Bundes wieder der Rücklage zugeführt werden. Dies stehe allerdings im Ermessen des künftigen Finanzreferenten. 300 Millionen Schilling Fremdmittel sollen eventuell aufgenommen werden. Es sei jedoch am heutigen Tag noch nicht möglich, zu klären, ob diese Mittel auch tatsächlich in der vollen Höhe notwendig sein werden. Es sei aber seine Pflicht, als Finanzreferent für alle Eventualitäten vorzusorgen. Slavik spielte auf die internationale Prognose für die zweite Hälfte des Jahres 1971 an, die von einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums spricht. Sollte tatsächlich eine weltweite Rezession einsetzen, dann müsse die Stadt Wien als Wirtschaftsförderer noch stärker als bisher in Erscheinung treten.

Nur eine vorsichtige und verantwortungsbewußte Finanzpolitik machte es möglich, daß wir - wenn es notwendig sein sollte, - auf Reserven zurückgreifen können, meinte der Referent. Die Stadt Wien muß bewegungsfähig bleiben, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt positiv beeinflussen zu können. Eine wirtschaftliche Stärkung der Stadt sei jedoch unbedingt notwendig. Zwar werde der Finanzausgleich in den kommenden Jahren mehr Mittel bringen, andererseits werde aber auch der Sach- und Verwaltungsaufwand höher. Die Lastenverteilung müsse aber auf jeden Fall gerecht bleiben.

Wo stehen wir wirtschaftlich? fragte Slavik und gab einen kurzen Überblick durch Vergleichszahlen. Im Jahre 1958 betragen die Investitionen rund 1,2 Milliarden, 1969 waren es 3,6 Milliarden, 1971 werden es 4,3 Milliarden sein. Im Jahre 1958 betragen die Rücklagen 10,4 Prozent der Ausgaben, 1969 waren es 6,9 Prozent. Die Rücklagen sind wesentlich langsamer als die Ausgaben gestiegen, stellte Slavik fest.

Positiv sei zu bemerken, daß die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1970 gegenüber den Vorjahren nicht fallend war. Diese günstige Bilanz hat Wien vor allem den Einpendlern und Gastarbeitern zu danken. Rund 140.000 Nichtwiener sind im Wiener Wirtschaftsleben integriert. Gastarbeiter und Einpendler werden in Zukunft noch mehr an Gewicht gewinnen, meinte der Finanzreferent.

Einnahmen und Ausgaben

Ausführlich ging Slavik sodann auf die Entwicklung der Einnahmen aus den Verwaltungsabgaben und Gebühren beziehungsweise zu den Ausgaben für den Sachaufwand ein: Im kommenden Jahr würden die Beträge aus den Gebühren von 13,3 auf 12,6 Prozent fallen, gleichzeitig aber eine Erhöhung des Sachaufwandes von 30,6 auf 31,7 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr zu erwarten sind. Es werde also vom Gemeinderat abhängen, ob und wie auf der Gebührensseite Regelungen vorgenommen würden. Im kommenden Jahr seien die Ansätze für die Erhaltung nicht erhöht worden, doch werde dies für das Jahr 1972 voraussichtlich wieder notwendig sein.

Der dem Gemeinderat vorliegende Gebührenspiegel des Magistrates sehe drei Kategorien vor: Gebühren, für die der Magistrat Neuregelungen beantragen werde. Dazu zählen die Gebühren für Wasser und Kanal. Zweitens sind es solche Gebühren, in denen eine Überprüfung vorgeschlagen wird, und zu denen die Bereitstellungsgebühren der Feuerwehr, der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt, der Markt- und Schlachtungsanlagen und der Müllabfuhr gehören. Und schließlich gäbe es die dritte Gebührenstufe, von der man überzeugt sei, daß hier Förderung notwendig seien. Gleichsam den negativen Rekord hielten dabei die Eintrittspreise für die städtischen Museen, durch die die Aufwendungen lediglich zu 1,44 Prozent gedeckt würden.

Eine gigantische Summe werde im kommenden Jahr von der Stadt Wien für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe ausgegeben: Insgesamt 5.743,8 Millionen Schilling oder 38,2 Prozent der bereinigten Ausgaben. Der Finanzreferent regte in diesem Zusammenhang an, ob denn nicht jene Unternehmen, die in den nächsten Jahren zufolge der großen Bautätigkeit der Stadt Wien mit sicheren Aufträgen rechnen könnten, ihre Betriebe modernisieren und damit konkurrenzfähiger machen könnten.

Slavik griff dann einzelne bedeutsame Projekte für das kommende Jahr heraus: So würden insgesamt 12.900 Wohnungen von der Stadt selbst gebaut beziehungsweise gefördert, würden dem U-Bahn-Bau insgesamt 696 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Für den U-Bahn-Bau werde den Wünschen der Fachleute voll entsprochen. Es habe keine Korrektur nach unten gegeben. Im nächsten Jahr werde mit einem Wachsen der Baurate auf durchschnittlich 900 Millionen Schilling zu rechnen sein, wobei einzelne Jahresraten sicherlich die Jahresgrenze überschreiten würden.

Für die Erschließung der Betriebsbaugebiete stünden 94 Millionen zur Verfügung, wobei man mit Genugtuung feststellen dürfe, daß sich laufend interessante Firmen in Wien ansiedeln.

Der Hochwasserschutz sei mit 240,5 Millionen Schilling dotiert, wobei 1971 erstmals Baumaßnahmen am linken Donauufer gesetzt würden. Besonders ausführlich ging Slavik auf den Schulbau ein: Noch nie waren in einem Jahr soviel Schulen im Bau wie im kommenden Jahr. 22 Schulen werden weitergebaut und mit der Errichtung zehn neuer wird begonnen werden. Glücklicherweise hätten sich die Prognosen über sinkende Schülerzahlen als falsch erwiesen. Der Schulbau sei jedoch auch durch den starken Umsiedlungsprozeß innerhalb Wiens bedingt. Für den Neubau von Kindergärten stünden 41,7 und für die Bautätigkeit zugunsten der Wiener Spitäler 315,5 Millionen zur Verfügung.

Obwohl für das neue Hallenbad bei der Stadthalle im Budget 1971 noch kein Betrag vorgesehen sei, werde im kommenden Jahr mit dem Bau deshalb begonnen werden, weil diese neue Sportanlage im Jahr 1974 bis zur Austragung der Schwimmeuropameisterschaften zur Verfügung stehen müsse.

Natürlich seien auch heuer wieder nicht alle Wünsche erfüllbar gewesen, doch sei das Budget im wesentlichen einvernehmlich mit allen Stadträten zustande gekommen. Man habe entsprechend den diversen Prognosen mit einem nominellen Wirtschaftswachstum von acht bis neun Prozent gerechnet und habe den Voranschlag mit einem sehr vorsichtigen Optimismus erstellt.

Zuletzt zeichnete Slavik in groben Zügen ein Bild der künftigen Entwicklung: Die Steuereinnahmen würden natürlich wachsen und damit hoffentlich auch die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Ertragsanteilen. Auch aus den städtischen Gebühren selbst dürfe man mit Mehreinnahmen rechnen, zudem würde sich der Bundeszuschuß für die U-Bahn ebenfalls positiv auswirken.

Auf der anderen Seite aber stünden zunehmend Mehrausgaben für schon begonnene oder aber für künftige Vorhaben gegenüber: Dazu zählen der U-Bahn-Bau, der Hochwasserschutz, die Großkläranlage und der Schulbau. Zu den bedeutsamsten Projekten der nahen Zukunft nannte Slavik die Errichtung des internationalen Behördenzentrums, dessen erste Ausbaustufe bis 1975 fertig sein soll und an dem die Stadt bekanntlich mit 35 Prozent der Baukosten beteiligt ist. Auch das Krankenhaus Ost gehöre zu den Vorhaben, die bald verwirklicht würden. Die Gemeinde Wien habe der niederösterreichischen Landesregierung bekanntlich schon vor geraumer Zeit das Angebot gemacht, für die Niederösterreicher gleich 200 zusätzliche Spitalsbetten mitzubauen. Damit würde sich der Neubau eines Spitals in Gänserndorf erübrigen.

Dafür sollten die Niederösterreicher in 5 Jahresraten einen Baukostenzuschuß von 85 Mio. leisten, würden jedoch von einer Beteiligung am Betriebsabgang verschont bleiben. Slavik erklärte, unmißverständlich, daß die Stadtverwaltung nun nicht mehr länger zuwarten könne. Daher sei das Angebot an Niederösterreich endgültig bis zum 31. Dezember 1970 befristet.

Zu den künftigen Aufgaben gehörten zudem auch noch das Altersheim Süd, die Stadt des Kindes, mit deren Verwirklichung bald begonnen werde und die III. Wasserleitung, mit deren Bau hoffentlich auch bald begonnen werden könne.

Zum Abschluß dankte Vizebürgermeister Slavik der Wiener Bevölkerung, seinen Kollegen vom Stadtsenat, dem Gemeinderat und all seinen Mitarbeitern für das Verständnis, das man ihm nun 14 Jahre lang als den für die Finanzverwaltung verantwortlichen Politiker entgegengebracht habe. In diesen 14 Jahren sei der Wiederaufbau Wiens abgeschlossen und mit der Neugestaltung begonnen worden. Wien gehöre nach Ansicht vieler seiner Gäste wieder zu den schönsten Städten der Welt. Diese Leistungen seien zustande gekommen, ohne daß Wien verschuldet worden wäre. Wahrscheinlich sei Wien derzeit die einzige Großstadt der Welt, die nicht verschuldet sei, erklärte Slavik unter dem Beifall der SPÖ-Fraktion. Und ganz zum Schluß wünschte er seinem Nachfolger recht viel Erfolg und vor allem, daß er möglichst viele Wünsche werde erfüllen können. (Der Generalsekretär des Städtebundes, Otto Schweda, der bekanntlich von der SPÖ zum Nachfolger Slaviks als städtischer Finanzreferent designiert worden ist, hörte von der Galerie aus heute der Budgetdebatte zu).

Generaldebatte

Als erster Generalredner ergriff GR.Dr.Tuma (DFP), das Wort. Er übte heftige Kritik am vorliegenden Budget, das nach seiner Meinung in Wirklichkeit keinerlei Schwerpunkte aufzuweisen habe. Wien sei weit von der sogenannten "Vision 2000" entfernt und komme seiner Verpflichtung als Weltstadt keineswegs nach. Die Grundstruktur dieses Budgets wäre bedenklich und die Budgetpolitik der Rathausmehrheit könne man nur als rückschrittlich bezeichnen.

Der Redner beschäftigte sich sodann mit Verfassungsfragen, wobei er kritisierte, daß man den kleinen Fraktionen zum Beispiel in den Ausschüssen jegliche Möglichkeit der Mitarbeit nehme. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf das in Wien herrschende Wahlrecht. Hier wäre einiges zu ändern, um die kleineren Fraktionen an der vollen Ausübung ihres demokratischen Rechtes nicht zu hindern.

Was die großen Probleme der Stadt betreffe, so werden diese zu spät und auch zu unentschlossen behandelt. Im Laufe seiner Ausführungen reklamierte Tuma eine echte rechtlich unabhängige Kontrolle der Finanzpolitik der Gemeinde Wien. Infolge des Fehlens einer solchen Möglichkeit könne er das gesamte Rechnungswesen der Stadt nur als suspekt bezeichnen.

Was den Planungssektor betrifft, so wird derzeit mehr geplant als früher, doch seien die dabei getroffenen Entscheidungen keineswegs immer besonders sinnvoll. Von einer Gesamtplanung könne daher keinesfalls die Rede sein. Er warf der sozialistischen Fraktion vor, durch Jahrzehnte den U-Bahn-Bau verzögert zu haben. Zur U-Bahn-Steuer könne er nur sagen, daß diese schädlich sei, weil durch sie ein Teil der Wiener Bevölkerung diskreditiert werde.

Am Schluß seiner Ausführungen führte der Redner Klage über das knapp vor dem Zusammenbruch stehende Sicherheitswesen in Wien, über den Mangel an Pflegepersonal in den Wiener Spitätern und an den in Wien so notwendigen Kindergartenplätzen. Darüber hinaus reklamierte er den echten sozialen Wohnbau für Wien und übte Kritik an den mangelnden Maßnahmen für einen echten Naturschutz. Von seiner Fraktion könne eine Zustimmung zum Budget nicht erwartet werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet es als Aufgabe der Opposition in einem demokratischen Gemeinwesen, Kritik zu üben. Das soll jedoch nicht bedeuten, daß die Opposition die gewaltige Aufwärtsentwicklung, die unsere Stadt genommen hat, übersieht. Man kann dem Voranschlag die Anstrengungen entnehmen, die Wien mit Hilfe der Leistungskraft seiner Bevölkerung unternimmt. Das vorliegende Budget sei jedoch nicht nur wegen seiner beträchtlichen Ausweitung bemerkenswert, sondern auch

deshalb, weil es seit langer Zeit das erste ist, das zur Zeit einer sozialistischen Regierung erstellt wird. Leider erfährt Wien auch unter einer sozialistischen Bundesregierung nicht jene Hilfe, die man erwarten könnte. So sind im Voranschlag 1971 entgegen aller großspurigen Zusagen keine Zuschüsse des Bundes für den U-Bahn-Bau enthalten. 1971 wird also der U-Bahn-Bau allein von Wien finanziert werden müssen, und der Finanzreferent wird sich daher für teures Geld um eine Fremdfinanzierung bemühen müssen. Dafür darf Wien aber dem Bund bei der Errichtung von Telefonanschlüssen und der Anschaffung von Schnellbahngarnituren durch Vorfinanzierung helfend unter die Arme greifen.

Der nach der neuen Vereinbarung festgesetzte Bundeszuschuß von insgesamt 2,4 Milliarden innerhalb von zehn Jahren (derzeit würden das rund 47 Prozent des für das Grundnetz kalkulierten Gesamtaufwandes sein) wird jedoch durch die in diesen zehn Jahren steigenden Kosten nur ein Drittel der Gesamtkosten decken können. Gerade dieses Kostenverhältnis hat Slavik seinerzeit als vollkommen ungenügend bezeichnet.

Der Redner verweist darauf, daß dies der letzte Voranschlag sei, den Slavik in seiner Funktion als Finanzstadtrat vorlegt. Seine Fraktion habe dieser Finanzpolitik dort, wo es sich um fortschrittliche Maßnahmen handelte, wie bei der sozialen Wohnbaureform und ähnlichem zugestimmt, Fehlspekulationen wie zum Beispiel die Finanzierung der Stadthalle-Filmgesellschaft abgelehnt. Für die Zukunft hofft der Redner, daß Entscheidungen finanzieller Art, die bisher von der Persönlichkeit eines Mannes geprägt waren, in den Ausschüssen, dem Stadtsenat und dem Gemeinderat behandelt werden mögen.

Die Übernahme der Pensionslasten zur Sanierung der Wiener Stadtwerke hätte schon längst erfolgen müssen.

Bemerkenswert an dem vorliegenden Budget sei, daß es Schwerpunkte wie den Hochwasserschutz, die Aufschließung von Betriebsbaugebieten, die Errichtung der Hauptkläranlage, des Schlachthofes, des Großmarktes und wahrscheinlich auch die dritte Wasserleitung enthält. Der Wirtschaftsentwicklung käme besondere Bedeutung zu. Die ungünstigen Standorte der Produktionsstätten und die ungünstige Bevölkerungsstruktur seien Ursachen für einen Rückgang in der Beschäftigtenzahl. Es müßten alle Anstrengungen zur Erstellung eines klaren wirtschaftlichen Konzeptes unternommen werden, damit Wien als südöstlichste Bundeshauptstadt im freien Europa seine Stellung wahren und festigen kann.

Der Redner kritisiert auch das Fehlen von entsprechenden Konzepten, wie und wo gebaut wird und ob die Art des Bauens den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Rund 58 Prozent aller Österreicher wollen eine größere Wohnung. Die derzeitige Geburtenentwicklung, die sicher auch mit der Wohnungsfrage in Zusammenhang steht, sei für die Entwicklung unserer Stadt nicht erfreulich.

Besondere Bedeutung komme den Fragen des Umweltschutzes zu. Hier wurde in der Vergangenheit sehr vieles vernachlässigt. Notwendig sei eine Zusammenarbeit mit Niederösterreich, denn eine Millionenstadt kann nicht isoliert von ihrem Umland leben. Dazu gehört auch die Frage der Wasserversorgung. Bei der Entwicklung des europäischen Verkehrsnetzes müssen wir darauf achten, daß es nicht an Wien vorbeigeht. Dringend notwendig sei die Erstellung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes für Wien, in das auch das Umland einbezogen werden muß. Erst wenn man sich über das Strukturbild Wiens endgültig im klaren ist, kann man die notwendigen Verkehrs-, Wohnungs-, Erholungsraum- und sonstigen Planungen vornehmen. Hier hinken wir der Entwicklung nach. Auch das lang versprochene Altstadterhaltungsgesetz wurde noch nicht vorgelegt.

Straßen-, Brücken- und Wasserbau seien eindeutig unterdotiert.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß dem Gemeinderat stets ein fix-fertiges Budget vorgelegt werde, an dem nicht die geringste Änderung möglich sei. Aus den aufgezeigten Gründen und wegen des fehlenden Konzeptes über die finanzielle Entwicklung und die räumliche Entwicklung Wiens werde seine Fraktion diesem Voranschlag nicht zustimmen.

Als Generalredner der ÖVP deponierte Stadträtin Dr. Maria Schaumayer die Zustimmung ihrer Fraktion zum Voranschlagsentwurf 1971, bemängelte aber gleichzeitig eine Reihe von Tatbeständen: Von Transparenz des Budgets für die Gemeinderäte sei keine Rede, dies nicht zuletzt deshalb, weil es keinen Budgetausschuß gebe. Beispiele für die ungenügende Information der gewählten Mandatäre seien die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, der Problemkreis Fernwärme und die Einlagen der Stadt Wien bei Geldinstituten. Im letzten Fall habe sich die Volkspartei in einer Anfrage an den Finanzreferenten nach den Konditionen dieser Einlagen erkundigt aber keine befriedigende Antwort auf ihre Fragen erhalten.

Im Zusammenhang mit dem Voranschlag erhob Frau Dr. Schaumayer auch neuerlich die Forderung nach einem "unabhängigen Kontrollamt". Ebenso erhebe sich die Frage nach der "Budgetwahrheit": Der Finanzreferent schätze schon seit Jahren die Einnahmen Wiens zu gering ein, wohl um im Laufe des Jahres über große Beträge frei disponieren zu können. Dies werde besonders bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben deutlich.

In ihrer Rede ging Frau Dr. Schaumayer auch auf die schon mehrmals erhobenen Forderungen der ÖVP nach einer "Demokratisierung der Stadtverfassung" ein. Sie nannte darunter Briefwahl, Fragestunde, Volksbegehren, Volksbefragung und Volksabstimmung. Zum Thema Verwaltungsreform stellte die Rednerin einen Antrag: Alle Maßnahmen zur Rationalisierung und Verwaltungsvereinfachung sollten jährlich - und zwar vor Einbringung des Voranschlages - vom Stadtsenat gemeinsam mit den zuständigen Stellen beraten werden. Dazu zählen: Magistratsdirektion, Amtsinspektion, Kontrollamt und Gewerkschaft. Ein Bericht über diese Beratungen wäre dem Gemeinderat vorzulegen.

Zum Abschluß forderte die Rednerin ein "Leitbild" für Wien, das es möglich machen sollte, die "angestauten Probleme" zu lösen. Daten, Prognosen, Konzepte und Pläne seien die ersten Voraussetzungen für ein solches Leitbild. Besonders dringend müßten Gebiete wie Verkehr Umweltschutz und Stadterneuerung behandelt werden. Im Zusammenhang mit dieser Forderung formulierte sie einige Grundsätze ihrer Partei, an erster Stelle den Wunsch nach Schutz vor jeglichen Mißbrauch des im Aufbau begriffenen Computerzentrums der Stadtverwaltung. Weiters: Wirtschaft soll nicht über Kultur dominieren oder umgekehrt. Fürsorge soll nicht zur Bevormundung werden. Gleiche Chancen für gebürtige Wiener und Wahlwiener. Klar erkennbare Rangordnungen als Voraussetzung für die sinnvolle Verwendung von Budgetmitteln.

Zu erregten Zwischenrufen kam es, als sich die Rednerin am Ende ihrer Ausführungen mit einer "ernst und nachdenklich stimmenden" Äußerung des Wiener SPÖ-Obmannes Otto Probst beschäftigte, der das SPÖ-Kommunalprogramm von 1969 als "Fortsetzung der Tradition des roten Wien der Zwischenkriegszeit" bezeichnet habe. Ihre Ausführungen über die Zwischenkriegszeit mit ihrer "furchtbaren Kluft", die nie wieder aufgerissen werden sollte, wurden von Gemeinderäten der SPÖ mit Zwischenrufen unterbrochen, in denen der Wiener ÖVP-Obmann Dr. Franz Bauer zitiert wurde. Dr. Bauer hatte vor einiger Zeit erklärt, die derzeitige SPÖ-Bundesregierung werde - rechtzeitig und mit Hilfe der Österreichischen Volkspartei - "auf den Schindanger der österreichischen Geschichte" befördert werden.

Abschließend erklärte Dr. Schaumayer, in der Überzeugung, daß die Wiener Bevölkerung kein rotes, sondern ein rot-weißes Wien wünsche, gebe sie im Namen der ÖVP die Zustimmung zum Budget 1971.

GR. Schreiner (SPÖ) sagte, daß aus der Rede von Doktor Schaumayer nicht nur Demagogie, sondern eine unverständliche Gehässigkeit gesprochen habe. Was soll die Vermutung, daß die Elektronische Datenverarbeitung die Privatspäre gefährden könne? Was soll der Versuch, die Beamten zu belehren, zu beschuldigen und zu verdächtigen?

Der Voranschlag müsse mit dem Programm verglichen werden, das die Mehrheit vorgelegt hat. Dabei ist klar, daß die Stadtverwaltung nur so viel leisten kann, wie eine wohlüberlegte und sozial ausgewogene Steuerleistung erbringt. Die Großprojekte und die vielen ständigen Aufgaben erfordern außerordentlich hohe Mittel. Der Geldbedarf wird in Zukunft sogar noch weiter steigen. Man denke nur an die großen Aufgaben des Umweltschutzes und beim Schulbau. Dabei soll nicht vergessen werden, daß unter den 745.000 unselbständig Beschäftigten in Wien rund 100.000 Pendler und rund 40.000 Gastarbeiter sind. Ohne den Fleiß dieser Menschen - ob sie nun aus anderen Bundesländern kommen oder ob es Jugoslawen, Tschechen oder Türken sind - wären wir wesentlich ärmer. GR. Schreiner appelliert, die leider weitverbreitete Voreingenommenheit gegenüber diesen Menschen, die mit uns arbeiten, zu überwinden.

Zur von mehreren Debattenrednern angeführten Beziehung Wiens mit dem Bund erklärte GR Schreiner, daß sich mit dem Regierungswechsel ein harmonisches Gespräch entwickelt habe, während die Regierung Klaus selbst dann Gespräche abgelehnt habe, wenn Wien zur Vorfinanzierung wichtiger Maßnahmen bereit gewesen wäre. Wichtige Probleme konnten nun gelöst werden, so die Elektrifizierung - oder zumindest Umstellung auf Dieselbetrieb.- des 350 Kilometer langen Bahnnetzes in Wien, die Fragen des Straßenbaus, die Herstellung von 17.000 zusätzlichen Telefonanschlüssen, der Bau der Mittelschulen in Floridsdorf und Liesing, die Probleme der Dritten Wasserleitung.

Trotz gewaltiger Ausgaben für die Großprojekte setzt Wien die gute alte Tradition des Wohnungsbaues fort. Die Errichtung von fast 13.000 neuen Wohnungen wird gewährleistet. Neue Wohngebiete mit allen Nebeneinrichtungen entstehen - wobei die Kosten für die Summe der Nebeneinrichtungen fast ebenso hoch wie für den Wohnungsbau selbst sind. Daneben bleibt das Problem der Stadterneuerung bestehen. Es wäre Zeit für das eine oder andere Experiment beim Ankauf von Althäusern für Neubauten, bei billigen Krediten für Modernisierungen, beim Ausräumen von Hinterhöfen und bei der Bildung von Hofgemeinschaften.

Wenn man den Voranschlag 1971 mit dem Programm der Mehrheit vergleicht, dann wird man gerechterweise zugeben müssen, daß damit ein großer Schritt zur Verwirklichung dieses Programms gemacht wird. U-Bahn, verbesserter Hochwasserschutz, Großgrünmarkt, neuer Schlachthof - das sind Vorhaben von säkularem Ausmaß. Daneben wird der Ausbau der Kultureinrichtungen, die Sorge für die Alten und Kranken, der Bau von Bädern und Sportanlagen fortgesetzt. Dies alles bedeutet große Impulse für die Wiener Wirtschaft, sichert die Arbeitsplätze und macht unsere Stadt noch schöner und lebenswerter.

Abschließend dankte GR.Schreiner dem scheidenden Finanzreferenten, Vizebürgermeister Slavik. "Er war ein guter Finanzreferent", sagte Schreiner. In den vierzehn Jahren seines Wirkens hat er einen wesentlichen Beitrag für ein schöneres, gesünderes, moderneres Wien geleistet. Mit seinem Engagement und seiner profunden Sachkenntnis hat er auch so manchen Vertreter anderer Auffassungen zumindest zum Nachdenken gebracht, wenn nicht überzeugt. Viele Beschlüsse verdanken wir seiner Initiative. Wenn heute die Wiener Wohnbauaktion gemeinhin "Slavikaktion" genannt wird, so hat er sich damit schon zu Lebzeiten ein Denkmal gesetzt.

In seinem Schlußwort führte Vizebürgermeister Slavik unter anderem aus: Zum Vorwurf von Dr. Tuna (DFP), beim Kulturbudget sei ein Rückschritt festzustellen. Die einzelnen Posten könnten nicht in jedem Budget gleich hoch sein. Inzwischen ist das internationale Studentenheim fertig geworden, für das 1970 noch eine große Post vorgesehen war. Die Stadtverwaltung ist sich ihrer Aufgabe auf dem Kultursektor, vor allem auf dem Schulsektor, voll bewußt.

Zur Transparenz der Gemeindefinanzen: Wenn man es versteht, das Budget richtig zu lesen, ist nichts verschleiert. Allerdings müsse man sich auskennen. Auch die Entwicklung der Betriebe sei hinreichend transparent, doch dürfe dies nicht zur Betriebsespionage ausgenützt werden. Das Vermögen der Betriebe hat selbstverständlich zugenommen, die Größe des Vermögens lasse sich aus dem Inventar entnehmen.

Zum Sicherheitswesen in Wien: Die Formulierung, Wiens Sicherheitswesen sei vor dem Zusammenbruch ist geeignet, den Wiener Fremdenverkehr zu schädigen. Tatsächlich handle es sich um Erscheinungen des Personalmangels. Dieser tritt nicht nur im Sicherheitswesen in Erscheinung, sondern überall dort, wo es keine Fünftagewoche gibt.

Zur angeblichen Wohnungsvergabe nach dem Parteibuch: Keinem Beamten ist es möglich, nach dem Parteibuch zu fragen, und keiner hat dazu einen Auftrag. Im übrigen gibt es in Wien gar nicht so viele Parteimitglieder, als bisher Mieter in städtischen Wohnbauten untergekommen sind.

Zu den Bemerkungen von Dr. Schmidt über die Zusammenarbeit mit der SPÖ-Regierung: Die geänderte Gesinnung hat sich auch auf die Beamtenschaft übertragen, was bei der Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt. Die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken auf Wiener Boden sei ins Rollen gekommen, die Vermehrung der Telefonanschlüsse durch Vorfinanzierung durch die Stadtverwaltung wird möglich, Vereinbarungen über zwei neue Mittelschulbauten werden bald zum Abschluß kommen.

Die neuen Vereinbarungen über den Bundeszuschuß für den U-Bahn-Bau sind vorteilhaft für Wien: Die Stadtverwaltung wird den Betrag von 2,4 Milliarden nicht wie früher vorgesehen in 12, sondern schon in 10 Jahren erhalten.

Information in Finanzsachen:

Die Information richtet sich nach der Kompetenz, die zum großen Teil Ausschußkompetenz ist, zum anderen Teil jene des Gemeinderates. Die Kompetenzen des Amtsführenden Stadtrates seien minimal.

Sorgen um die Zukunft: Diese Sorgen seien groß. Natürlich sei von eminenter Bedeutung, daß die Donau im ganzen Bundesgebiet schiffbar gemacht werde. Das sei jedoch keine Angelegenheit der Stadt Wien, aber die Vertreter unserer Stadt müssen sich selbstverständlich für die Lösung des Problems einsetzen. Genauso notwendig wird es aber sein, daß sich Niederösterreich mit der gleichen Energie dafür interessiert. Natürlich wird auch der Ausbau des Flughafens für die Landung von Jumbo Jets notwendig sein, ebenso wie die Errichtung von entsprechenden Hotels für die Unterbringung der Passagiere.

Der Gemeinderat wird sich in nächster Zeit mit diesem Problem zu beschäftigen haben. Selbstverständlich ist auch der Straßenbau von großer Bedeutung. Um die internationalen Organisationen und die Betriebsansiedlungen bemühen wir uns sehr. Wir arbeiten ständig an der Entwicklung unserer Stadt und damit nicht nur für Wien, sondern auch für das Umland und die Republik Österreich.

Wohnungsgröße: Über diesen Punkt könnte man viel diskutieren. Eine Umfrage bei jungen Leuten hat ergeben, daß der Wunsch von den wirtschaftlichen Möglichkeiten geleitet wird und der Großteil der Jungen eine Wohnung von ca. 65 Quadratmeter wünscht. Wir bauen heuer durchschnittliche Größen von 70, im kommenden Jahr von 72 Quadratmeter und liegen somit über den geäußerten Wünschen. Bei dem Wunsch nach größeren Wohnungen soll man nicht übersehen, daß in Wien rund 190.000 Familien in alten, vor dem Ersten Weltkrieg erbauten Wohnungen mit einer Durchschnittgröße von 40 Quadratmeter leben. Von diesen Wienern hat ein Großteil den Wunsch nach einer größeren und vor allen Dingen schöneren Wohnung.

Umweltschutz: Wir haben mit dem Bau von Fernheizungen begonnen. Es war aber nicht immer leicht, die Bevölkerung von diesen neuen Methoden zu überzeugen. Die Zahl der Nachspeicheröfen, der Zentralheizungen und ähnliches steigt laufend. Um die Abwässerreinigung und um die Wasserversorgung sind wir ständig bemüht. Drei Probleme sind auf diesen Gebiet noch offen: Eindämmung der Lärmentwicklung, Abgasreinigung und Treibstoffherzeugung. Auf dem Sektor der Abgasreinigung müssen wir alles unternehmen, um zu einer bundesgesetzlichen Regelung zu kommen. Andere Länder sind bereits dazu übergegangen, daß Autos mit einer Abgasreinigung versehen werden. Natürlich wird eine Übergangszeit erforderlich sein. Auch für die Treibstoffherzeugung wird eine bundesgesetzliche Regelung notwendig sein.

Was die Zusammenarbeit mit Niederösterreich und dem Burgenland anlangt, wird man sich selbstverständlich weiter bemühen.

Verkehrsfragen: Vorsicht mit Globalurteilen. Immer wieder zitierte amerikanische Städte hatten fünfzig Jahre Zeit, um mit den Motorisierungsproblemen fertig zu werden. Bei uns liegt die Entwicklung zirka 15 Jahre zurück. Trotzdem ist auf dem Sektor des Straßenbaues bereits viel geschehen. Es kommt aber hier nicht immer nur aufs Geld an. Straßenbauten können nur in dem Maß durchgeführt werden, als Umleitungen tragbar sind und der gesamte Verkehr dadurch nicht zum Erliegen kommt. Der Rathausplatz soll im Interesse der Bevölkerung der Josefstadt, einem der dichtest verbauten Gebiete, vom Verkehr freigehalten werden.

Zum Thema "Reserven im Budget" erklärte Slavik, daß selbstverständlich Reserven vorhanden seien und vorhanden sein müßten. Plötzliche und unerwartete Mehrerfordernisse, wie etwa die unerwartet hohen Kosten der Schneeräumung im letzten Winter, seien die klare Legitimation für solche Reserven. Außerdem: Beginn und Ende der Bausaison ließen sich in ihrer Wetterbedingtheit vorher nicht zeitlich abschätzen.

Zur Einnahmenschätzung: Die Einnahmen müßten so geschätzt werden, daß die Ansätze keinesfalls unterschritten würden. Er, Slavik, schätze vielleicht ein wenig strenger, als es unbedingt nötig wäre.

Verzinsung eingelegter Gelder: Die Zinsen generell mit fünf Prozent zu berechnen, sei unrealistisch. Man könne selbstverständlich nicht alles eingelegte Geld binden, und nur einen geringen Teil auf zwölf Monate, daher niedrige Zinsen. 143 Millionen seien zum Beispiel zu einem Zinsfuß von einem Prozent eingelegt.

U-Bahn: Der Vorwurf, man habe mit dem Bau um 15 Jahre zu spät begonnen, gehe ins Leere. Im Jahre 1955 sei gerade der letzte ausländische Soldat aus Österreich abgezogen. Die Dienstgeberabgabe sei rasch akzeptiert worden - rascher als bei anderen Steuern üblich.

Zu der Bemerkung von Stadträtin Dr. Schaumayer, jeglicher Mißbrauch des im Aufbau begriffenen Computerzentrums der Stadtverwaltung müsse verhindert werden, erklärte Slavik: "Sie erfinden Gefahren, die nicht vorhanden sind, um dann die Bevölkerung vor diesen nicht vorhandenen Gefahren zu schützen!"

Zum Vorwurf, im Bereich der Stadt Wien gebe es keine Chancengleichheit, konstatierte Slavik: Im Landwirtschaftsministerium habe es schließlich ein einziges Mitglied der SPÖ gegeben, im Unterrichtsministerium und im Handelsministerium gar keines. Wenn die Chancengleichheit so aussähe, daß nur ÖVP-Funktionäre und ÖV-Angestellte zur Lage kommen, könne er -- Slavik -- darauf verzichten. (Zwischenruf von Gd. Mühlhauser, ÖV: "Mein Chauffeur ist Mitglied der SPÖ, was wollen Sie?")

Der Wohngebäude, die Kindergärten, die Kinderfreibäder in Wien seien niemals ein politisches Trennungselement gewesen. Sie sind seit jeher für alle Wiener da.

Er, Slavik, habe das Gefühl, daß von gewisser Seite in der letzten Zeit die Straße mobilisiert worden sei. Traktorendemonstrationen der Bauern, Protestfahrten des Frachtgewerbes, zeigten dies deutlich. An die Adresse der ÖVP gerichtet, warnte Slavik: "Sie können Demonstrationen nicht als Einbahn betrachten". Natürlich bejahe er das Recht, durch Demonstrationen dem politischen Willen Ausdruck zu verleihen. Allerdings solle man Demonstrationen nur als letztes Mittel anwenden, wenn es keine anderen Möglichkeiten mehr gebe.

Zum Schluß kommend, meinte der Finanzreferent in seiner letzten Rede als Berichterstatter: "Ich habe versucht, auf Fragen sachlich einzugehen, wo diese Fragen sachlich waren. Ich habe politisch reagiert, wo politische Angriffe gegen meine Partei und mich gerichtet wurden".

Und versöhnlich schloß Slavik "was ich mir wünsche ist, daß trotz allen Diskussionen die gemeinsame Aufgabe aller Parteien gemeinsam zum Wohl der Bevölkerung zu arbeiten, nie vergessen wird."

Die Ansätze des II. Hauptstückes wurden mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen. Die Erinnerungen der Wiener zum Budgetvoranschlag werden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Der ÖVP-Antrag, die Verwaltungsvereinfachung und Rationalisierung betreffend, wurde einstimmig dem Stadtsenat zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 15.37 Uhr.

Die Budgetberatungen werden morgen, Donnerstag, den 10. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Bock (SPÖ). (Schluß.)

10. dezember bis 21. maerz:

'vienna gloriosa' in chikago

9 wien, 9.12. (rk) wien in chikago: im 'museum fuer wissenschaft und industrie' eroeffnete mittwoch stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l die ausstellung 'vienna gloriosa', die bis 21. maerz gezeigt wird und dann nach kanada - in die stadt montreal - uebersiedelt.

die ausstellung, die 'zeigen will, was wien der welt geschenkt hat', konzentriert sich auf musik und medizin. daneben wird aber auch das zeitgenoessische wien illustrativ dargestellt.

dr. schnell erklaerte bei der eroeffnung, ausstellungen erfuellten ihre aufgabe im rahmen des kennenlernens anderer voelker, dies vor allem fuer jene, die aus irgendwelchen gruenden nicht in andere laender reisen koennten. 'vienna gloriosa' wolle die kultur und wissenschaft wiens ebenso praesentieren wie den sozialen und wirtschaftlichen hintergrund der gegenwart.

1102

sperrfrist 19.30 uhr

empfang fuer experten der entwicklungshilfe

10 wien, 9.12. (rk) die gemeinde wien gab mittwoch um 19.30 uhr im auresrestaurant fuer die teilnehmer eines vom institut fuer entwicklungsfragen in bad voeslau veranstalteten seminars einen empfang. in vertretung von buergermeister bruno m a r e k begruesste stadtrat reinhold s u t t n e r die gaeste, unter denen sich zahlreiche experten aus dem nahen und fernen osten sowie aus afrika befanden.

1103

schweinehauptmarkt vom 9. dezember

18 wien, 9.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren in-land: 2449, hievon 19 durchlaeufer, gesamtanftrieb dasselbe, verkauft alles.

preise: extrem 16.40 bis 17.50, 1. qualitaet 15.20 bis 16.30, 2. qualitaet 14.40 bis 15, 3. qualitaet (13.10 bis 13.20 - 28 stueck) 13.50 bis 14.30, zuchten extrem 12.50 bis 12.80, zuchten 10 bis 12, altschneider 10 bis 10.50.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehrte sich um 42 groschen je kilogramm und betraegt 15.32. aussermarktbezeuge in der zeit vom 4 . bis 9. dezember (ohne direkteinbringung)

41 stueck.

1516

pferdehauptmarkt vom 9. dezember

19 wien, 9.12. (rk) anftrieb am zentralviehmarkt 12 stueck. herkunft der tiere: 12 aus niederoesterreich. verkauft wurden als schlachttiere 2, unverkauft blieben 10.

notierungen schlachttiere: pferde 1. qualitaet 9.20, 2. qualitaet 8.50.

der durchschnittspreis ermaessigte sich bei inlaendischen schlachtpferden um 3 groschen je kilogramm und betraegt 8.85.

1517

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 9.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, orangen 5,50 schilling je kilogramm.

1349

ueberreichung von silbernen ehrenmedaillen

24 wien, 9.12. (rk) im stadtsenatssaal ueberreichte mittwoch buergermeister bruno m a r e k in anwesenheit von vizebuergermeister gertrude s a n d n e r , des vizepraesidenten des wiener stadtschulrates prof. markus b i t t n e r sowie mitgliedern des gemeinderates vier persoenlichkeiten die ihnen in wuendigung ihrer verdienste verliehene ehrenmedaille der stadt wien in silber. die vier ausgezeichneten sind:

professor charly g a u d r i o t , schoepfer und populaeren interpret echt wienerischer musik, verdankt seine popularitaet seinen beschwingten melodien und der kuenstlerischen taetigkeit, der er sich als klarinettenvirtuose und als saxophonist sowie als dirigent widmete.

professor nikolaus h u e b n e r , solocellist der wiener symphoniker, gehoert seit vielen jahren zu den prominentesten mitgliedern dieses klangkoerpers. daneben zaehlt er jedoch auch als kammermusiker und paedagoge zu den angesehensten Lehrkraeften des konservatoriums der stadt wien.

professor adelbert m u h r hat durch sein umfangreiches schriftstellerisches wirken, in dem er sich als hervorragender repraesentant der regionalliteratur wiens erwies, seiner engeren und weiteren heimat ein denkmal von bleibendem wert gesetzt.

professor hugo r o t t e n s t e i n e r gehoerte ueber vier jahrzehnte ohne unterbrechung dem orchester der wiener symphoniker an. er trug durch sein koennen wesentlich zum gelingen zahlreicher konzerte im in- und ausland bei.

1715

wo fehlen beethoven-gedenktafeln?

11 wien, 9.12. (rk) im rahmen des veranstaltungsprogramms des vereines fuer geschichte der stadt wien spricht freitag, den 11. dezember, um 18 uhr, prof. rudolf k l e i n ueber das thema:

''wo fehlen beethoven-gedenktafeln?''

der vortrag findet bei freiem eintritt im vortragssaal des amts-hauses 8, friedrich schmidt-platz 5 (souterrain, eingang neben dem haupttor) statt.

1104